

Johannes H. Voigt

Anerkennung oder Nicht-Anerkennung – das war die Frage

Indien im deutsch-deutschen Kalten Krieg 1952-1972



Jawaharlal Nehru



Das 1947 unabhängig gewordene Indien ließ seinen Botschafter im Frühjahr 1951 in Bonn akkreditieren, die Bundesrepublik den ihren ein Jahr später in New Delhi. Die indische Regierung lehnte damals einen von Ost-Berlin gewünschten Botschafteraustausch ab, obgleich sie mit anderen kommunistischen Staaten diplomatische Beziehungen aufnahm. Es dauerte zwanzig Jahre, bis die Regierung in New Delhi auch die in Ost-Berlin voll anerkannte.

Ließ New Delhi sich bei der Ablehnung einer Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) allein von den Wünschen Bonns leiten? War es seit Mitte der fünfziger Jahre nur die Hallstein-Doktrin, die Indien von solchem Schritt abhielt? Gab es innerindische Gründe dafür, daß die Anerkennung der DDR bis zu einem Zeitpunkt hinausgezögert wurde, an dem die Bundesrepublik sie ohne Protest hinnahm?

Daß Indien einen Botschafter in Bonn akkreditieren ließ, hatte mehrere Gründe. Da war zuerst die noch von den Briten durchgesetzte Verankerung im besiegten Deutschland in Form einer Militärmission in Berlin, über die Indien unter anderem seinen Anteil an deutschen Reparationsleistungen beziehen sollte, und das geschah aus den westlichen Besatzungszonen. Über zweihundert Ingenieure und Techniker hatte Indien schon vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen im westlichen Deutschland angeworben. Begründete Hoffnung, mit wissenschaftlich-technischem Know-how und Finanzhilfe bei der Modernisierung Indiens von der erwarteten deutschen Wirtschaftskraft zu profitieren, ging nur von der Bundesrepublik aus.

Überdies gab es zahlreiche Kontakte mit dem westlichen Deutschland auf persönlicher Ebene. Jawaharlal Nehru, Indiens unbestrittener politischer Führer, der Deutschland vor dem Krieg mehrfach besucht hatte, konnte in jenen Nachkriegsjahren nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß ein indisches Regiment – die Indische Legion – in der deutschen Wehrmacht auf der Seite der Achsenmächte zusammen mit der Indian National Army in Südostasien unter der Führung seines politischen Rivalen Subhas Chandra Bose für Indiens Unabhängigkeit gekämpft hat-

te, deren militärische Führer von den Briten in einem Aufsehen erregenden Prozeß angeklagt und von Nehru als Anwalt verteidigt, freigesprochen worden waren und seitdem als mutige Mitstreiter im Freiheitskampf gefeiert wurden. Die vielen persönlichen Verbindungen wurden in der Bundesrepublik aufgegriffen, während in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Frühzeit der DDR die Indische Legion und Subhas Chandra Bose noch ignoriert oder gar verdammt wurden.

Und schließlich war man in Indien von einer baldigen wirtschaftlichen Erholung Deutschlands, insbesondere im Westen, überzeugt. Schon vor der Unabhängigkeit wünschte der in der Übergangsregierung amtierende Ministerpräsident Jawaharlal Nehru den Wiederaufbau und die Einheit Deutschlands, wie einer unveröffentlichten Notiz vom 11. März 1947 zu entnehmen ist.

Deutschlands Wiederaufbau und Einheit waren Nehrus Meinung nach nicht nur Notwendigkeiten für Deutschland, sondern auch eine Voraussetzung für den Weltfrieden. Dennoch bezog er sich später bei den vielen Anträgen im Parlament für eine Gleichbehandlung der DDR immer wieder auf die *no lens volens* über die indische Militärmission erfolgte Anerkennung der Bundesrepublik, wie noch am 23. August 1961 vor der Rajya Sabha, dem indischen Oberhaus.

Johannes H. Voigt ■
Anerkennung oder Nicht-Anerkennung ■
– das war die Frage ■

Mit diesen Argumenten – eines den Frieden erhaltenden „Altruismus“, eines „unverschuldeten Automatismus“ bei der Einrichtung einer indischen Botschaft in Bonn und, hier andeutungsweise aber an anderer Stelle betont, einer Vermeidung von Schwierigkeiten bei einer deutschen Wiedervereinigung – wehrte denn auch das External Affairs Ministry in New Delhi alle Wünsche und Forderungen nach einer Änderung der einseitig die Bundesrepublik begünstigenden indischen Politik ab.

Sicherlich waren die Begründungen einleuchtend; aber sagten sie alles aus? Waren sie nicht auch und vor allem indische Schutzbehauptungen gegen die nach staatlicher Anerkennung drängenden Regierungen der DDR und ihrer sowjetischen Schutzmacht, deren unüberhörbarer Vorwurf lautete, daß Indien sich der Hallstein-Doktrin beuge, die die Anerkennung der DDR verhindern sollte?

Eine Tatsache sollte im folgenden nicht aus dem Auge verloren werden: die Einbettung der Indienpolitik der beiden deutschen Staaten in die der jeweiligen Führungsmächte in Ost und West, obwohl die beiden deutschen Regierungen im Rahmen ihrer Einbindungen eigene Wege gingen, Bonn mehr als Ost-Berlin. Während es Bonn in erster Linie um die Verhinderung einer staatlichen Anerkennung der DDR ging, war die Außenpolitik Washingtons vornehmlich auf die Verhinderung eines Abgleitens von Indien in das „kommunistische Lager“ gerich-

Jawaharlal Nehru auf eine Anfrage im indischen Oberhaus, 23. August 1961

Our recognition of the West German Government, as I have often stated, is really a continuation of our wartime association with the Western allies. The British Government of India had a military mission there. That continued after we became independent and that automatically converted itself into a diplomatic mission afterwards. For some time our Ambassador or representative had to be a General and we had to put even our civilian officers in military uniform. On the Eastern side there was no such continuity, and right from the beginning there was the hope that some arrangement would be arrived at for bringing West Germany and East Germany together. We avoided, therefore, taking any action which might to some extent come in the way of such an arrangement.

Jawaharlal Nehru: The Problem of Germany. From reply to debate in Rajya Sabha, August 23, 1961. In: Jawaharlal Nehru's Speeches. September 1957- April 1963. Volume Four. Delhi 1964, S. 357 f.

tet, seit der amerikanische Botschafter Chester Bowles die Gefahr einer solchen Möglichkeit zu Beginn der Fünfziger Jahre sehr eindringlich beschworen und massive Hilfeleistungen für Indien gefordert hatte. Andererseits fügte sich das Streben der DDR nahtlos in die Zielsetzung der Sowjetunion ein, über Indien ihren Einfluß in Süd- und Südostasien auszudehnen. Damit sollte der amerikanischen „Containment Policy“ gegen die Sowjetunion entgegengewirkt werden, später baute Moskau auch auf ein mögliches indisches Gegengewicht gegen die erstarkende chinesische Volksrepublik.

Ungleiche Verhältnisse

Ost-Berlin war generell der aktivere, das heißt der treibende Teil, während Bonn sich auf die Verteidigung des Status quo konzentrierte. Der Blick auf die Indienpolitik der DDR läßt ihre Komplexität auf außen-, wirtschafts-, kulturpolitischem und propagandistischem Gebiet erkennen. Die Beziehungen der DDR zu Indien waren überdies stets doppelschichtig.

Nicht selten stützten sie sich auf die Hilfe der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) und „linksorientierter“ Organisationen und Persönlichkeiten. Das hatte zur Folge, daß die DDR neben ihrer „offiziellen“ Politik über die Handelsvertretung, eine „inoffizielle“ über die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) mit der kommunistischen „Bruderpartei“, der CPI, betrieb. Die bei aller ideologischen Ausrichtung pragmatisch betriebene Indienpolitik der DDR soll im folgenden in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt werden.

Das Indienbild Ost-Berlins war gespalten. Trotz „sozialistischer“ Voreingenommenheit gegenüber dem „kapitalistischen“ Indien saß der DDR-Regierung stets das staatliche Hemd näher als der ideologische Rock. Nehru und seine Regierung wurden ideologisch als „bourgeois“ kritisiert und nicht selten verdammt, öffentlich hingegen hofiert. Dabei mag die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß, hypothetisch gesehen, eine kommunistische Regierung Indiens niemals die Ergebnisse würde liefern können, die gerade von Nehru erwartet wurden, nämlich eine durch eine indische Anerkennung ausgelöste Anerkennungswelle von Ländern der blockfreien Welt. Ein kommunistisch gewordenes und ins „Sozialistische Lager“ eingebundenes Indien würde nicht mehr das Prestige besitzen, das Nehru und mit ihm Indien von allen „Lagern“ entgegengebracht wurde, vom Ostblock, von der westlichen Welt und von den Bündnisfreien. Daher mußte Ost-Berlin außenpolitisch sogar den Fortbestand der ideologisch verdammtene Nehru-Regierung wünschen, als Fürsprecher des marxistisch-leninistischen Sozialismus hingegen auf einen Sieg des Kommunismus in Indien hoffen.

Jawaharlal Nehru, Kommentar am 11. März 1947:

[...] India cannot afford to be indifferent to the future of Germany. This is primarily an European matter but it affects both directly and indirectly the peace and economy of the world. A shattered and broken down Germany will make European recovery almost impossible.

I am inclined to agree with the argumentation of the Times' article of 5/2/47. Germany will not recover or feel healthy till it has some kind of unity. This is bound to come sooner or later. To delay it is to delay recovery and at the same time encourage narrowly nationalistic urges which may lead to trouble. [...] J. Nehru. 11/3/47.

Aus: Akten des External Affairs Ministry, National Archives of India, New Delhi.

Aus solcher Schizophrenie erwachsen viele Probleme. Daraus ist auch die Handlungsanweisung an die Handelsvertretung und deren Niederlassungen zu verstehen, die „kommunistische“ Parteilichkeit niemals und nirgends offen zu zeigen. Das gelang jedoch nicht immer und gewährte in solchen Fällen einen Blick hinter die Fassade der Freundlichkeiten. Auch als der indische Staat Kerala 1957-1959 kommunistisch regiert wurde, übte Ost-Berlin nach außen hin Enthaltsamkeit und hüllte sich in Schweigen, als das Regime von der Zentralregierung durch President's Rule abrupt beendet wurde.

Weil die Führung in Ost-Berlin überzeugt war, daß eine indische Anerkennung weltweit eine Lawinenwirkung auslösen würde, machte sie Indien zu einem „Hauptschwerpunkt“ ihrer auslandspolitischen Aktivitäten in Asien. Die Bundesregierung andererseits war zwanzig Jahre lang bemüht, ein solches Geschehen abzuwenden. Sie tat alles, jedem indischen Schritt zu begegnen, der die DDR-Handelsvertretung in New Delhi und damit die Regierung in Ost-Berlin aufwerten konnte.

Politik mit und ohne Anerkennung

Von 1953 bis 1955 versuchten Handelsorganisationen der DDR, zum Teil recht dilettantisch, mit Indien ins Geschäft zu kommen; erst dann wurde ein Handelsabkommen abgeschlossen. Das Jahr 1955 war eine Zäsur auch in der indischen Politik. Zum einen gaben Indien und die Volksrepublik China auf der Konferenz von Bandung den dort vertretenen Nationen Asiens direkt und der übrigen Staatenwelt propagandistisch ein Beispiel für die Regelung internationaler Beziehungen auf der Grundlage der „Panch Sheela“ (fünf Prinzipien), die schon im Jahr zuvor von Nehru und Chou En-lai im Vertrag über Tibet formuliert worden waren. Der aus diesen Thesen abgeleitete Begriff der „Koexistenz“ war den Zielen des sogenannten „sozialistischen Lagers“ nicht zuletzt deshalb nützlich, weil mit ihm die fortdauernde Eigenstaatlichkeit der DDR begründet werden konnte, mit deren Anerkennung sich aber auch eine Brücke freundschaftlicher Beziehungen zwischen Moskau und New Delhi schlagen ließ, die der Indien-Besuch der sowjetischen Staatsmänner Chruschtschow und Bulganin Ende jenes Jahres einleitete.

Indien bereitete damals seinen zweiten Fünfjahrplan mit Schwergewicht ei-

ner Industrialisierung vor, den es nicht mehr wie noch den ersten mit einer Bevorzugung der Landwirtschaft zum großen Teil selbst finanzieren konnte, sondern bei dem es auf Kapitalhilfe und technisches Know-how von außen angewiesen war. Um sich im Kalten Krieg nicht auf eine Seite festlegen zu müssen, aber auch, um Ost und West in eine Konkurrenzsituation zu bringen, in der New Delhi der wählende Dritte war, ließ Indien sich von beiden Seiten mit Angeboten umwerben.

Aus dem Protokoll einer Dienstbesprechung in der 2. Außereuropäischen Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin, 2. Februar 1961:

Kollege [...] wies unter anderem darauf hin, daß der private Briefverkehr mit Mitarbeitern der Vertretungen der DDR besonders im kapitalistischen Ausland zu beschränken ist und streng persönlich zu halten ist. Er betonte weiterhin, daß zu fortschrittlichen Persönlichkeiten des jeweiligen Gastlandes keine besonders engen Kontakte gepflegt werden dürfen.

Aus: Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin.

Die beiden Teile Deutschlands waren zu ungleich, als daß auch sie wirtschaftlich gegeneinander ausgespielt werden konnten. Wohl aber standen sie in einer politischen Dauerkonfrontation, die sie für Indiens Wünsche anfällig machte. Die Bundesrepublik blieb dabei in Indien kraft ihrer wirtschaftlichen Potenz weiterhin im Vorteil, nicht aber unbedingt aus politischen Gründen; denn die Westgebundenheit, insbesondere die damals vor sich gehende Eingliederung in die NATO, waren keinerlei Empfehlung für eine Partnerschaft mit dem blockfreien Indien.

Nicht wenige der Schwierigkeiten erwachsen der DDR aus der Anfang 1956 eröffneten Handelsvertretung und ihren Niederlassungen in Indien, da sie im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) verankert waren, in dem das diplomatische „Handwerk“ institutionell gesehen Nebensache war. Aber auch der Aufbau des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, der ohne Rückgriff auf Kräfte der „alten Schule“ erfolgte, dauerte seine Zeit. So waren dem Dilettantismus anfangs Tür und Tor geöffnet und diplomatische Pannen vorprogrammiert. Es konnte beispielsweise vorkommen, daß ein Stellvertretender Leiter der Handelsvertretung bei der Übergabe einer Spende für die Opfer einer Flutkatastrophe an Nehru sich zwischen Tür und Angel bei dem darauf nicht gefaßten Ministerpräsidenten nach dem Stand indi-

scher Überlegungen zur Anerkennungsfrage erkundigte und damit den verdutzten indischen Regierungschef in eine peinliche Lage brachte. Um solche Eigenmächtigkeiten auszuschalten, aber auch, um diplomatische Mittel zugunsten einer Anerkennung gezielt einzusetzen, wurde die Handelsvertretung umstrukturiert und neben den bisherigen Wirtschaftsfachleuten seit Anfang der 60er Jahre auch mit „Kadern“ aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, der sogenannten „MfAA-Gruppe“, besetzt, ohne daß

dies dem indischen External Affairs Ministry mitgeteilt wurde. Die herausragende Persönlichkeit in der „MfAA-Gruppe“ über die Jahre war Herbert Fischer, dessen Ansehen sich vor allem auf sein indisches Exil während der NS-Zeit stützte. Die „Kader“ wurden an eine im Laufe der Zeit ständig straffer angezogene institutionelle und ideologische Leine gelegt.

Die Botschaft der Bundesrepublik und die Generalkonsulate in Indien wachten mit Argusaugen darüber, daß das als rein wirtschaftlich definierte Betätigungsfeld der Handelsvertretung nicht überschritten wurde, daß zum Beispiel die 1959 eingeführte DDR-Flagge mit Hammer und Zirkel im Ährenkranz nur an den wenigen vereinbarten Feiertagen im indischen Wind flatterte, daß das Haus eines Leiters der Handelsniederlassung nicht schon an der Pforte mit einem Schild als „Residenz“ ausgezeichnet wurde, etc. etc.

Die DDR-Vertretung konterte mit Beschwerden unter anderem darüber, daß der Botschafter der Bundesrepublik sich gelegentlich „Deutscher Botschafter“ nennen lasse und somit dem westdeutschen Alleinvertretungsanspruch öffentlich Ausdruck verleihe.

Das indische External Affairs Ministry verfolgte gelassen und nicht selten genüßlich das von beiden Seiten zumeist erregt und verbissen ausgefochtene Geplänkel und ließ es nicht an versteckter Ironie fehlen. Die Handelsvertretung in New Delhi wollte, wann immer sich eine Gelegenheit bot, „Flagge zeigen“, besonders die neue mit Hammer und Zirkel im Ährenkranz, und solche Gelegenheit war das im Herbst 1959 anstehende zehnjährige Jubiläum der DDR. Der zuständige Beamte im indischen Außenministerium hatte auch nicht das Geringste gegen eine Feier mit Flagge einzuwenden! Mit kaum unterdrücktem Spott erklärte er großmütig, „daß man in Indien 10-, 15- oder 20-jährigen Gedenktagen keine Bedeutung beimesse“! Die damit ausgedrückte Botschaft, in Indien verstehe man solche Pedanterien nicht und denke in ganz anderen zeitlichen Dimensionen, scheint dem humorlosen, seinen staatlichen Auftrag beflissen erfüllenden Antragsteller der DDR entgangen zu sein!

In Ost-Berlin verfolgte man mit ebensoviel Neid wie Kummer den Besucherstrom zwischen der Bundesrepublik und Indien. Als Nehru 1956 in die Bundesrepublik eingeladen wurde, lud man ihn auch zu einem „Abstecher“ in die DDR ein. Nehru vertröstete Ost-Berlin damals und später wiederholt auf einen passenderen Zeitpunkt, der jedoch nie gefunden wurde. Dennoch gelang es der DDR, in umgekehrter Richtung der Bundesrepublik den Rang abzulaufen. Es war Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Anfang 1959 „Geschichte machte“, indem er als erster deutscher Regierungschef Indien besuchte.

Grotewohls Landung in New Delhi wurde in der Öffentlichkeit als „Zwischenstop“ auf dem Wege nach Ostasien ausgegeben und so auch von indischer Seite diplomatisch verharmlost. Es wurde ein Besuch von vier Tagen mit einer hochkarätigen Regierungsdelegation. Grotewohl traf Nehru viermal und hatte zwei lange Gespräche mit ihm von insgesamt sieben Stunden Dauer. Den Protokollen läßt sich entnehmen, daß alle Deutschland betreffenden Fragen diskutiert wurden, aber auch, daß Nehru keinen Schritt von der bisherigen Linie seiner Politik gegenüber den beiden Teilstaaten, noch von seinen alten Argumenten abwich.

Warum, so fragt man sich, ließ Nehru sich dann überhaupt auf eine Begegnung ein? Zum einen war es eine Maxime indischer Politik, eine paktungebundene Offenheit nach allen Seiten hin zu bekunden, zum anderen bot sich hier die Möglichkeit zu einem Wink an die Adresse der Bundesrepublik und des Westens,

daß Indien keine Berührungsängste gegenüber dem anderen deutschen Teilstaat besaß. Die mit Grotewohls Indienbesuch verbundene westliche Nervosität war sicherlich einkalkuliert und für New Delhi zweifellos nützlich. Wurde Indien mit der Begegnung nicht die seltene Gelegenheit geboten, weltweit demonstrativ auf Alternativen seiner Politik hinzuweisen, auch wenn sie ihm keine konkreten Hilfsmöglichkeiten zur Lösung der finanziellen und technologischen Probleme bei der Umsetzung seines Fünfjahrplans boten? Konkret war die Wirkung auf die Bundesrepublik, deren Nervosität sich in wachsender Leistungsbereitschaft niederschlug.

Ein anfangs begehrter, später wenig geschätzter Gesprächspartner war der Historiker K. M. Panikkar, der sich als enger Vertrauter von Nehru gerierte und als Botschafter auf dem Wege von Moskau nach Paris in Ost-Berlin mit einer Reihe von „Ratschlägen“ aufwartete, wie die Frage einer Anerkennung der DDR in



Jawaharlal Nehru mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundespräsident Theodor Heuss, Bonn 1956.



Nehru mit Ministerpräsident Otto Grotewohl, Indien 1959.



Nehru in Hamburg, 1956.



Bundespräsident Heinrich Lübke mit Nehru in Neu Delhi, 1962.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und Jawaharlal Nehru, 1956 in Bonn.

New Delhi zur Sprache gebracht und insbesondere Nehrus Haltung dazu positiv beeinflusst werden könnte. Dennoch, weder hochkarätige Besucher noch örtliche Kontakte der Handelsvertretung zu Nehrus Freunden brachten die DDR dem Ziel einer Anerkennung näher.

Die Bundesrepublik verteidigte vehement den Status quo gegenüber Indien und versuchte tatsächliche oder vermeintliche Zugeständnisse New Delhis an Ost-Berlin zu verhindern. Auch wenn Bundeskanzler Adenauer sich an Nehrus weltpolitischen Ideen nicht erwärmen konnte und dem indischen Terrain mißtraute, so besuchten doch eine Reihe hochrangiger Vertreter der Bundesrepublik Indien, unter anderem Vizekanzler Blücher 1956, Bundespräsident Lübke 1962 und Bundeskanzler Kiesinger 1967. Die einer Anerkennung der DDR im Wege stehende Hallstein-Doktrin wurde seitens der Bundesrepublik durch handfeste Beweise guten Willens in Form einer breit gefächerten Zusammenarbeit abgedefert. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich lagen die „begleitenden“, aber letztlich unentbehrlichen Mittel zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs.

Das Gewicht der Wirtschaft

Indiens Fünfjahrpläne waren nicht ohne Zusammenarbeit mit westlichen Ländern zu realisieren; denn nur dort lag technisches Know-how in Fülle bereit und nur dort sprudelten üppige Finanzquellen, die besonders für den zweiten, 1957 beginnenden Plan wichtig wurden. Mit dem Bau des Stahlwerks Rourkela bot die Bundesrepublik Indien zwar das modernste Werk seiner Art in der Welt, das aber gerade seiner Modernität und seiner komplizierten Unternehmensstruktur wegen noch lange problembehaftet blieb, im Gegensatz zu dem von der Sowjetunion nach einem Vorkriegs-Modell gebauten Stahlwerk Bhilai. Der DDR und der CPI waren die vielen Pannen und die Verzögerung der Fertigstellung des Stahlwerks von Rourkela lange Zeit ein dankbares Thema ihrer anti-westdeutschen Propaganda.

Die Bundesrepublik wartete neben Rourkela mit einer Reihe von Großprojekten auf, so mit der Braunkohlegewinnung und -nutzung in Nyeveli, um die sich auch die DDR vergeblich bemüht hatte, ferner mit dem Aufbau des Indian Institute of Technology in Madras und der Prototypen-Werkstatt in Okhla bei New Delhi. Westdeutschland war nach den USA der zweitgrößte Kapitalgeber Indiens. Für die ersten zwei Jahre des dritten Fünfjahrplanes wurden New Delhi 1,7 Milliarden Mark als Anleihe zugesichert. Die Bundesrepublik leistete schon damals eine Entwicklungs- und Kapitalhilfe an Indien, die an Umfang der des gesamten Ostblocks gleichkam.

Die DDR-Führung war sich sehr wohl der Ursachen der Dürftigkeit und Stagnation in den Wirtschaftsbeziehungen zu Indien bewußt: entweder kam sie für Projekte und beim Warenaustausch zu spät oder die DDR war wirtschaftlich und technologisch nicht in der Lage, das Gewünschte zu liefern. Das einzige größere Projekt in den fünfziger und sechziger Jahren, das mit dem Namen der DDR verbunden blieb, war der Bau der Filmfabrik „ORWO“ unter der Leitung von Agfa-Wölfen. Die wirtschaftlichen Bezie-

hungen zwischen der DDR und Indien beschränkten sich daher weitgehend auf einen Warenaustausch, der auf Rupienbasis nach einer vereinbarten Richtlinie abgewickelt wurde. Damit waren dem Handel Fesseln angelegt, was den Planern in Ost-Berlin zwar stets eine feste Grundlage für ihre Planvorhaben gab, die Chance zu einem ungeplanten Aufschwung jedoch verbaute.

Die anfangs von Ost-Berlin als Lichtblick gewertete indische State Trading Corporation (STC) erwies sich schon bald als ein dem DDR-Staatskapitalismus wenig nützlich Instrument. Zwar leistete die STC bei der zeitaufwendigen Beschaffung von Lizenzen Hilfe, aber sie konnte nicht mit der Fülle von Anfragen und Angeboten aufwarten, die aus der indischen Privatwirtschaft kamen.

So dürrtig die Handelsbeziehungen mit Indien auch blieben, sie boten der DDR-Regierung jedoch alle paar Jahre die Möglichkeit, sie durch Vereinbarungen zu regeln und nährten dadurch die Hoffnung, der so sehr gewünschten staatlichen Anerkennung näher zu kommen. Das Bestreben, durch die Hintertür einer Unterzeichnung zum Ziel zu gelangen, blieb dem indischen External Affairs Ministry natürlich nicht verborgen; es ließ sich daher immer nur auf Absprachen in Form eines Briefaustausches ein.

Angesichts fehlender Substanz versäumte die DDR keine Gelegenheit, ihre Zuneigung zu Indien zu demonstrieren. War der indischen Regierung die Teilnahme an der Leipziger Messe zu teuer, so übernahm Ost-Berlin die Kosten. Auf internationalen Ausstellungen auf dem Subkontinent setzte sie publikumswirksame Mittel ein, so 1955 auf der ersten internationalen Industrie-Ausstellung in New Delhi den sogenannten „Gläsernen Mann“ aus dem Hygiene-Museum in Dresden, später, auf der internationalen Landwirtschaftsausstellung, die „Gläserne Kuh“ und schließlich auch noch die „Gläserne Frau“. Nehru und seine Regierungsmannschaft waren von solchen „Wundern der Technik“ immer wieder beeindruckt, die Indien dann auch als Geschenk vermacht wurden.

Mit „Show“ und demonstrativer Hilfsbereitschaft bei Katastrophen allein war die Bundesrepublik weder wirtschaftlich noch technologisch in Indien aus dem Felde zu schlagen. Umgekehrt wurde auch Ost-Berlin geduldet, ja, sicherlich nicht ohne den indischen Hintergedan-

ken, Bonn damit gelegentlich beunruhigen zu können, auch wenn an den Zahlen der Wirtschaftsstatistik das große Übergewicht der Bundesrepublik über die DDR erkennbar war. Die indische Regierung war realistisch genug, die Gunst der Bundesrepublik nicht mutwillig durch eine diplomatische Gleichbehandlung der DDR aufs Spiel zu setzen. Die Drohung mit der Möglichkeit dazu bot Indien jedoch ein allzeit einsatzbereites Instrument seiner Diplomatie. Die Bundesrepublik war bemüht, den Status quo abzusichern, die DDR hoffte auf die Zukunft. Konnte die DDR sich auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaften mit der Bundesrepublik messen und hier einer Anerkennung den Weg bahnen?

Brücken mit Kultur und Wissenschaft

Die lange Tradition deutsch-indischer Beziehungen auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften schien für eine Äquidistanz zwischen Indien und jedem der beiden Teilstaaten zu sprechen. Seit dem 19. Jahrhundert waren zwischen Indien und Deutschland kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen entstanden, die alle Kriegs- und Krisenzeiten überdauert hatten. Ein übergreifendes Element war die Indologie, in der deutsche Wissenschaftler einen beachtlichen Beitrag zur Wiederentdeckung der altindischen Kultur geleistet hatten.

Auf westdeutscher Seite war die Indienforschung vorwiegend einer „idealistischen“ Sichtweise verbunden, die eine vollendete Ausprägung im Werk von Friedrich Max Müller gefunden hatte, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Oxford gelehrt, in lebenslanger Arbeit die *Rigveden*, die älteste religionsgeschichtliche Quelle des Hinduismus übersetzt, die *Sacred Books of the East* herausgegeben, mit seinem Buch *India What Can It Teach Us* der britischen Überheblichkeit einen Dämpfer versetzt und allgemein dem indischen nationalen Selbstbewußtsein einen großen Auftrieb gegeben hatte. Max Müllers Forschungsleistung eignete sich hervorragend als Ansatzpunkt zur weiteren Gestaltung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Indien. Die Benennung der Goethe Institute zu „Max Müller Bhavans“ Ende der fünfziger Jahre war ein kulturpolitisch geschickter, weil auch gesamtdeutsch wirkender Schritt; denn die Geburtsstadt Max Müllers, Dessau, gehörte damals zum Territorium der DDR.

Auch in der DDR war die Indologie eine Leitlinie ihrer kulturellen Beziehungen zu Indien, wenn auch weniger stark. Sie wurde dort zumeist auf der Basis des Marxismus-Leninismus gelehrt, wie vom Indologen Walter Ruben in Berlin praktiziert. In den ersten Jahren scheute Ruben nicht vor einer fundamentalen Kritik der Grundsätze des national-indischen Selbstverständnisses zurück, wie seine 1954 veröffentlichte *Einführung in die Indienkunde* beweist. Erst 1959 beklagte sich die indische Regierung über das Mahatma Gandhi, die Nationalbewegung und die Politik Nehrus diffamierende Buch. Dabei muß offen bleiben, wo man es zuerst gelesen hatte: im indischen External Affairs Ministry oder in der deutschen Botschaft!

Die Bundesrepublik entwickelte indienweit zwei Instrumente für eine effektive Kulturpolitik: die Max Müller Bhavans (Goethe Institute) in sieben größeren Städten, auch in Rourkela, und mit Hilfe des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes Deutsch-Lektorate an indischen Universitäten.

Im September 1957 wurde von Ost-Berlin die „dringende Notwendigkeit“ postuliert, „die DDR auf allen Gebieten, besonders aber hinsichtlich der Entwicklung der Wissenschaft, des Erziehungswesens, des Gesundheitswesens, der Technik, der Kunst und Literatur in Indien bekanntzumachen“. Die Bundesrepublik wende riesige Mittel auf, „um die ohnehin schon vorhandene Meinung in Indien, daß Westdeutschland ganz Deutschland repräsentiere, noch zu stärken“. Und das gelte auch für die Indienforschung, wörtlich: „Momentan ist es so, daß Westdeutschland als Fortführer der in Indien sehr geachteten deutschen Tradition in der Indologie auftritt!“ Die Max Müller

Aus einem Schreiben des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin an die Handelsvertretung der DDR in New Delhi. 9. November 1962:

Betrifft: Westdeutscher Max Müller Bhavan.

Wir teilen vollauf Ihre Meinung, daß es zweckmäßig ist, von Zeit zu Zeit das westdeutsche Kulturzentrum aufzusuchen, um Informationen über die westdeutsche Aktivität und den Charakter ihrer Propaganda zu erhalten. Unseres Erachtens wäre es jedoch besser, wenn diese Arbeit nicht kontinuierlich von nur einem Mitarbeiter der Vertretung durchgeführt, sondern ein Wechsel vorgenommen würde. Von Fall zu Fall sollte unter Berücksichtigung des Charakters der Veranstaltung der Max Müller Bhavan aufgesucht werden. Wir wollen jedoch streng darauf achten, uns einerseits dort auf keine Polemik und Diskussion mit den westdeutschen Vertretern einzulassen und keineswegs provozieren zu lassen.

Aus: Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes.

Bhavans machten Ost-Berlin wegen ihres Einflusses große Sorge, waren aber zugleich Vorbild für ein lange gewünschtes eigenes Kulturinstitut.

Deutsch-Lektoren konnte die DDR nur wenige an indischen Universitäten „postieren“, obgleich ihre Vertreter stets auf dem Sprung waren, wenn an einer Universität ein Deutsch-Lektorat vakant wurde, wie beispielsweise an der Benares Hindu University im Jahre 1959. Der Kulturabteilung der Deutschen Botschaft gelang es, die Stelle mit einem Westdeutschen zu besetzen. Die von der DDR höchst dilettantisch betriebene erste Einstellung von Lektoren in Calcutta, die von Ost-Berlin ohne Lehrbücher und ohne festes Programm entsandt worden waren, war ein zum Scheitern verurteiltes Unternehmen.

Die Botschaft war zumeist bemüht, allen unliebsamen Anfängen zu wehren, auch dann, wenn es um „Randprobleme“ ging, beispielsweise bei der Verleihung von Buchpreisen an die besten indischen Deutsch-Studenten am Ende des akademischen Jahres. Was sich dabei an der

Delhi University abspielte, ist, historisch gesehen, eine Bagatelle; aber es bietet einen Einblick in das Denken jener „diplomatischen Verwalter“ der Kultur, die selbst auf sensiblen Feldern mit Biegen und Brechen den Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen bestrebt waren. Der Vertreter der Botschaft wollte nur die von ihr gestifteten Bücher an Studenten überreicht sehen, nicht jedoch solche, die von der Handelsvertretung der DDR gespendet worden waren, noch wollte er die Präsenz eines ostdeutschen Vertreters bei der Preisverleihung akzeptieren. Als dem westdeutschen Attaché indischerseits bedeutet wurde, daß eine Trennung der Bücher nicht mehr möglich sei, verlangte er eine Durchsicht der Publikationen erkennbarer DDR-Provenienz, um sicher zu gehen, daß sie keinerlei anstößige Aussagen über die Bundesrepublik enthielten. Die Fakultät lehnte das Ansinnen ab, und der Rektor verwies auf die Autonomie der Delhi University. Als Erziehungsminister Indiens wenige Jahre später trat er in der Öffentlichkeit mit Engagement für eine Anerkennung der DDR ein.

Walter Ruben zum indischen Freiheitskampf:

Gandhi trieb 1922 also zum erstenmal offenen Verrat an den Interessen seines Landes. Er verriet die indische revolutionäre Bewegung auf ihrem Höhepunkt von 1922 [...].

Es ist also nicht wahr, daß die Gandhisten, wie sie bis heute immer wieder behaupten, Indien die Freiheit erkämpft hätten. Ihr passives Verhalten war von Anfang an bis heute eine Unterstützung der Imperialisten, ein Abwürgen des indischen revolutionären Freiheitskampfes.

Das zu revolutionärem Kampf bereite indische Volk ließ es (dank solcher Führer) zu, daß die britischen Imperialisten den Gandhisten die Macht in die Hände spielten, die dafür sorgten, daß bis heute in Indien alles beim alten blieb. [...]

Walter Ruben: *Einführung in die Indienkunde*. Berlin 1954, S. 344 und 354-56

Angesichts der Blockierung durch die Max Müller Bhavans und Deutsch-Lektorate besetzte die DDR-Vertretung „Nischen“ verschiedenster Art. Sie boten sich unter anderem in der individuellen Betreuung prominenter und einflußreicher indischer Persönlichkeiten des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens an. Ein Studenten- und Praktikantenaustausch brauchte allerdings Jahre, um realisiert zu werden. Zwischen 50 und 100 Personen sollten jährlich zur Ausbildung in die DDR geschickt werden, weniger als ein Zehntel der Inder, die in der Bundesrepublik studierten oder dort ihr Praktikum absolvierten.

Indische Besucher in der DDR hatten ihre Probleme mit dem dortigen Regime, dessen Ausschließlichkeit und Rigorosität ihrem Denken völlig fremd war. Als im Sommer 1957 eine vierköpfige Schriftsteller-Delegation Ost-Berlin besuchte, die auch Walter Ulbricht vorgestellt wurde, erkundigte sich ihr prominenter Sprecher, der Romanschriftsteller Mulk Raj Anand, nach der Meinungs- und Lehrfreiheit in der DDR.

Ulbricht behauptete, daß in der DDR Meinungsfreiheit herrsche. Er gab aber zu, daß die noch bestehende Lehrfreiheit eingeschränkt werden würde. Anands nachhakende Frage, ob die Schriftsteller in der DDR die Regierung kritisieren könnten, wenn ihnen etwas nicht passe, beantwortete Ulbricht mit einem entschiedenen „Ja“. Ob Anand diese glatte Unwahrheit glaubte, muß dahingestellt bleiben.

Seit 1957 wurde seitens der DDR gegenüber Indien eine gezielte Kulturpolitik betrieben. Der Ost-Berliner Historiker Dr. Horst Krüger erhielt den Auftrag, Ansatzpunkte dafür in Indien auszumachen. Krüger knüpfte zahlreiche Kontakte zu Universitäten und kulturellen Institutionen und verfaßte nebenher sein Werk über den Einfluß der internationalen Arbeiterbewegung auf die indische Nationalbewegung.

Walter Ulbricht zur Delegation indischer Schriftsteller am 6. Juni 1957 auf eine Frage von Mulk Raj Anand, ob ein Professor, der eine „mystische Philosophie“ veretre, aber in der Politik durchaus auf dem Boden des Staates stünde, noch länger in der DDR tätig sein dürfe :

Gegenwärtig sind Leute an unseren Universitäten tätig, die die verschiedensten philosophischen Richtungen vertreten. Auf die Dauer kann das aber nicht so bleiben, da einige von ihnen nicht die Hauptaufgabe lösen können, nämlich die Jugend zum Sozialismus zu erziehen. Solche Leute werden auch später freie Meinungsäußerung haben und publizieren können, wenn sie Leser finden; aber einen direkten Lehrstuhl an einer Uni kann man ihnen nicht geben.

Bericht über den Besuch der indischen Schriftsteller-Delegation in der DDR vom 17. Mai bis 8. Juni 1957. (Berlin) 21. Juni 1957. Darin: Aussprache mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Walter Ulbricht, am 6. Juni 1957. 17.00-18.30 Uhr in den Amtsräumen Klosterstraße.

Aus: Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes.

Über die Jahre verschaffte sich die DDR gegenüber der Bundesrepublik einen Vorsprung im Bereich der neueren indischen Literatur durch gezielte Übersetzungen von Werken aus indischen Landessprachen und deren Veröffentlichung in DDR-Verlagen, wobei die Schriftsteller durch ein für indische Verhältnisse gutes Honorar angespornt wurden. Daraus entwickelte sich aus kulturpolitischen Gründen eine breite wissenschaftliche Beschäftigung mit den modernen indischen Sprachen als Ergänzung zur traditionellen Indologie.

Um den kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Indien eine vertragliche Basis zu geben, ja wohl überhaupt erst systematisch anzubahnen, schlug Ost-Berlin der Regierung in New Delhi vor, ein Kulturabkommen abzuschließen, deren Pferdefuß natürlich die damit verbundene indirekte staatliche Anerkennung sein würde. Als der Leiter des Hoch- und Fachschulwesens der DDR, Wolfgang Girnus, im Frühjahr 1960 mit einer großen Delegation in Indien eintraf, jedoch mit der Tür ins Haus fiel, indem er ohne diplomatische Vorbereitung den Entwurf eines Abkommens auf den Tisch legte, holte er sich eine gründliche Abfuhr. Hätten die indischen Gesprächspartner sich damit über-tölpeln lassen, wäre die Bundesrepublik düpiert und von der DDR kulturpolitisch überholt worden; denn mit ihr schloß Indien ein solches Abkommen erst 1969 ab. Seit 1964 gab es zwischen der DDR und Indien allerdings Kulturarbeitspläne, die wiederum zum Kummer Ost-Berlins nie von indischer Seite unterzeichnet

wurden. Die DDR konnte also auch mit Kultur und Wissenschaften in Indien keinen Staat machen.

Auslandspropaganda

Ost-Berlin und Bonn fochten ihren Streit um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und die Zwei-Staaten-Theorie der DDR mit allen möglichen Mitteln und zunehmender Heftigkeit auf indischem Boden aus. Beide Seiten setzten alles daran, indische Sympathien für sich zu gewinnen und zu mobilisieren. Der Wettkampf artete nicht selten zu einer „Schlamm-schlacht“ aus, in der dann nach dem indischen „Schiedsrichter“ gerufen wurde. Indien konnte von solcher Rolle nur profitieren und fiel deshalb den Kontrahenten mit Ermahnungen nur halbherzig in den Arm.

Seit dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 wurde eine Verstärkung und Verbesserung der Auslandspropaganda der DDR diskutiert und praktiziert. Die neue Linie fand ihren Niederschlag 1959 unter anderem im Entwurf von „Richtlinien für die Orientierung der Auslandspropaganda“, nach denen nicht die kommunistische Ideologie, sondern stets der staatliche Nutzen für die DDR den Vorrang haben sollte.

Einem Maßnahmenkatalog jener Zeit ist zu entnehmen, daß die Auslandspropaganda sich auf Publikationen in der Landessprache zu konzentrieren habe, zum Beispiel sollten in Indien nicht nur Zeitschriften in Englisch, sondern auch in Hindi, Urdu und Bengali herausgegeben werden. Das anfangs in Englisch edierte

Bulletin der Handelsvertretung wurde dann auch in Hindi, Bengali und Marathi veröffentlicht.

Hat die Bundesrepublik erst um 1960 den Nutzen der Propaganda in Indien entdeckt, wie man in der Handelsvertretung in New Delhi mit Erstaunen feststellte? Die ersten Nummern der von der Botschaft herausgegebenen *German News Weekly* wurden anfangs nur an 60, später an 200 Personen versandt. Die zögerliche Politik änderte sich erst 1961, ablesbar an der Auflage der *German News Weekly*, die im November 1961 auf 85 000 anstieg, um schließlich (1965) 125 000 zu erreichen. In einer internen DDR-Analyse wurde die *German News Weekly* schließlich für besser gehalten als die Veröffentlichungen der amerikanischen und sowjetischen Botschaften! Die indische Lokalpresse nahm zahlreiche Artikel westdeutscher Couleur auf. Viele indische Journalisten wurden zu Besuchen in die Bundesrepublik eingeladen, 1965 an die 200, während etwa ein Zehntel dieser Zahl in die DDR reiste.

In der Berlin-Krise wurden schubweise westdeutsche „Berlin-Annoncen“ in indischen Zeitungen untergebracht, was allerdings den offiziellen indischen Unwillen erzeugte. Auf Beschwerden der Handelsvertretung über diese „Berlin-Kampagne“ wurde die Botschaft gewarnt, daß Indien nicht beabsichtige, „die 'Propaganda des Kalten Krieges' auf seinem Boden zu dulden“! Auch die klagenden Vertreter der DDR sahen sich dann genötigt, ihre Propaganda „in bezug auf sogenannte *controversial issues*, sei es in Form von Literatur oder politischem Auftreten“, vorerst einzustellen.

Die von der SED erhoffte Hilfe für die Indienpolitik der DDR durch die indische „Bruderpartei“ beschränkte sich im wesentlichen auf Beratung und die Darstellung eines positiven Bildes der DDR in den Blättern der CPI und auf Geschenke in Form von Druck- und Schreibmaschinen. Wiederholt wurden die indischen Genossen gebeten, Anträge zur Anerken-

nung der DDR im Parlament zu stellen, die von der indischen Regierung jedoch stets mit den altbekannten Argumenten abgewiesen wurden. Im Laufe der Zeit erkannten die DDR-Vertreter, daß die indische „Bruderpartei“ aus anderem Holz geschnitzt war als die straff organisierte SED. Es gab keine diktatorische Gewalt, keinen blinden Gehorsam und keine alles übergreifende Parteidisziplin. Auch die regionalen Unterschiede wirkten sich dezentralisierend aus. Die CPI war daher zwar gelegentlich eine nützliche Hilfsstruppe, aber keine zuverlässige Stütze der DDR. Ihr Entgegenkommen durfte zudem nach außen hin nie den Eindruck einer Gefälligkeit gegenüber der DDR-Führung erwecken, der, wie gesagt, das staatliche Hemd näher saß als der ideologische Rock.

Nutzte die Bundesrepublik den „Spielraum“, der ihr in Indien geboten wurde, weidlich aus, so sah sich die DDR auf dem Felde ihrer Auslandspropaganda zunehmend eingeengt. Schon Ende 1959 klagte die Handelsvertretung, daß es kaum möglich sei, in der englischsprachigen Presse Artikel unterzubringen. Natürlich fehlten ihr die Mittel, um in der indischen Medienwelt mit der Bundesrepublik zu konkurrieren; aber das indische Interesse an der DDR sank in dem Maße, wie die indisch-chinesischen Spannungen die Öffentlichkeit beunruhigten und zu einer Krise auswuchsen.

Krisen-, Kriegs- und Wendezeiten

Die Indienpolitik der beiden deutschen Staaten war in den Jahren 1961 bis 1965 starken Schwankungen ausgesetzt. Erst danach wurden mit neuen Mitteln neue Wege beschritten, insbesondere von der Ost-Berliner Führung, die, sicher hinter der Mauer, ein neues Selbstbewußtsein entwickeln zu können glaubte. Wurde Indiens Verhältnis zu Deutschland von der Berlinkrise tangiert?

Berlinkrise

Die indische Regierung gab sich angesichts eigener innen- wie außenpolitischer Probleme in der Berlinkrise gelassen bis desinteressiert. Die tatsächliche oder auch gespielte Indifferenz wurde auch auf dem Höhepunkt der Krise im August 1961 durchgehalten. Wenn der Chefideologe der SED wenige Tage nach dem Mauerbau Nehru besuchte, um das Geschehen als Reaktion auf westliche „Machenschaften“ zu rechtfertigen, so geschah dies durch das Mißverständnis, Nehru hätte um die Entsendung eines Sonderbotschafters gebeten. Als dieser dann in Gestalt des Chefideologen der SED, Kurt Hager, eintraf, sah sich Nehru geehrt, als einer der ersten ausländischen Staatsmänner in den Denkvorgang Ost-Berlins von einem seiner ideologischen Vordenker eingeweiht zu werden. Er honorierte das, indem er am 16. August in der Lokh Sabha (Unterhaus) lediglich von der „geographischen Tatsache“ der Existenz zweier deutscher Staaten sprach, verurteilte auch noch am 23. August in einer Antwort in der Rajya Sabha (Oberhaus) nicht die Teilungspolitik der DDR, um erst am 28. jenes Monats den Mauerbau anzuprangern, dabei aber gleichzeitig Verständnis für den Rechtsstandpunkt der anderen Seite aufzubringen. Diese verspätete, wenn auch mit Verständnis für Ost-Berlin verknüpfte Verurteilung erfolgte – darüber gibt es keinen Zweifel – auf den Protest der Bundesrepublik hin.

Wenn Nehru sich danach im Herbst jenes Jahres in der Deutschlandfrage so weit wie noch nie aus dem Fenster lehnte und auf der Konferenz in Belgrad Anfang September 1961 erklärte, es sei eine Tatsache des Lebens, daß es zwei unabhängige Ganze, Mächte, Länder gebe, die Bundesrepublik und die DDR, und gut eine Woche später in Moskau mit

Jawharlal Nehru am 28. August 1961 in der Rajya Sabha (Oberhaus):

I repeat that whatever the legal implications may be – because there are two views and it may be that under strict law it may be justified, this barrier being put up – from every other point, it is a harmful thing for the city's life to be cut up in this way and from the human point of view particularly it causes tremendous misery.

Aus: Indo-Asia, H.4, 1961, S.418.

Chruschtschow darin übereinstimmte, daß die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten nicht zu ignorieren sei und eine Lösung des Deutschlandproblems durch Verhandlungen mit allen interessierten Seiten gesucht werden müßte, so schien alles darauf hinzudeuten, daß die Anerkennung der DDR durch Indien über kurz oder lang bevorstünde. Wenn es dann doch länger dauerte, dann lag es an Problemen, mit denen Indien selbst konfrontiert wurde: an seiner Nordgrenze zu China.

Der indisch-chinesische Grenzkonflikt

Indiens Streit mit China über die zwischen Briten und Chinesen kurz vor dem Ersten Weltkrieg vereinbarte Grenze, die McMahon Line, eskalierte über Plänkeleien um vorgeschobene Grenzposten zu einem Konflikt, der Indiens Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten nicht unberührt ließ.

Wie die DDR-Führung über den indisch-chinesischen Streit dachte, hatte Ministerpräsident Grotewohl schon 1959 ungewollt in einer Rede in Ost-Berlin zum 10. Jahrestag der Gründung der chinesischen Volksrepublik deutlich gemacht, als er in einem Nebensatz Indiens die Schuld an einem Zusammenstoß zwischen chinesischen und indischen Grenztruppen gab. Eine Woge indischer Vorwürfe prasselte daraufhin auf die DDR allgemein und die Handelsvertretung im besonderen hernieder.

Daß die DDR mit der chinesischen Seite sympathisierte, verriet sie ebenfalls ungewollt durch ihre in „volkseigenen Betrieben“ staatlich kontrollierte Kartographie. Das indische Außenministerium protestierte, daß in der DDR Karten gedruckt und Globen produziert wurden, auf denen die Grenze Indiens zum chinesischen Tibet nach den Vorstellungen Pekings wiedergegeben war. Das Thema der indisch-chinesischen Grenze war der DDR-Führung so peinlich wie wichtig, daß das Politbüro der SED sich mehrfach damit beschäftigte und Vorschriften für die Grenzziehung auf Karten erließ: mit Punkten und Strichen und anderen Farben für umstrittene Gebiete!

Die Eskalation des Grenzgeplänkels im Herbst 1962 zu einem Vorstoß chinesischer Truppen auf nicht-umstrittenes nordindisches Territorium zerstörte das Fundament der bisherigen Außenpolitik Nehrus vollends. Nicht mehr die Panch Sheela galten als Indiens Stütze seiner internationalen Stellung, sondern westliche Hilfsaktionen, vor allem militärisches Potential. Der Kommunismus wurde über Nacht ein „rotes Tuch“, die CPI geriet in eine tiefe Krise und spaltete sich in „national-indische“ und „pro-chinesische“ Anhänger, die sich 1964 endgültig als zwei Parteien (CPI und CPI/M) konstituierten.

Der indo-pakistanische Krieg 1965

Er wendete das Blatt in Indien zugunsten der DDR, weil der Westen in indischen Augen als Verbündeter Pakistans figurierete, ohne es eigentlich noch zu sein. Als die Sowjetunion dann auf der Konferenz in Taschkent als Vermittler auftrat, wurde auch die DDR in der indischen Öffentlichkeit „rehabilitiert“, zumal Ministerpräsident Lal Bahadur Shastri mit der sowjetischen Seite übereinstimmte, daß die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten nicht ignoriert werden könne. Als die Bundesrepublik schließlich noch der

Kommunistische Staaten wurden als Gegner verdammt oder als unzuverlässige Kantonisten verdächtigt, die DDR nicht ausgenommen.

Kommunistische Staaten wurden als Gegner verdammt oder als unzuverlässige Kantonisten verdächtigt, die DDR nicht ausgenommen. Lediglich die Sowjetunion, die ihren eigenen Streit mit China ausfocht, blieb von Vorwürfen weitgehend ausgespart. Mehr als ein Jahr lang dauerte der „Quarantäne-Zustand“, in dem die DDR-Vertretung so wenig wie möglich von sich reden machte. Eine Anerkennung der DDR stand zu dieser Zeit nicht auf der Tagesordnung.

Nehrus Tod am 27. Mai 1964 zwang Bonn wie Ost-Berlin zu einer Neuorientierung, die noch nicht erfolgt war, als Nehrus Nachfolger, Lal Bahadur Shastri, 1965 einen Krieg gegen Pakistan zu führen hatte, das Indien geschwächt währnte und den seit der Unabhängigkeit und Teilung schwelenden Kaschmir-Konflikt zu seinen Gunsten lösen zu können glaubte.

Waffenhilfe für Pakistan via Iran der Einmischung in den indo-pakistanischen Dauerkonflikt bezichtigt werden konnte, neigte sich die Schale des indischen Urteils auf die Seite der DDR.

Nach Lal Bahadur Shastri, der noch in Taschkent einem Herztod erlag, griff Indira Gandhi die Zügel auf, die ihr Vater Jawaharlal Nehru hatte fallen lassen. Sie verstand sich bei ihrem Besuch in Moskau am 16. Juli 1966 zu einem gemeinsamen indisch-sowjetischen Communiqué, in dem es hieß, daß eine deutsche Friedensregelung im Interesse des Friedens in Europa und in der ganzen Welt liege und daß eine zwingende Notwendigkeit bestünde, das deutsche Problem auf dem Wege von Verhandlungen aller betreffenden Parteien zu lösen. Indira Gandhis Anlehnung an die Sowjetunion, die 1971 einen vorläufigen Höhepunkt in einem indo-sowjetischen Friedens- und

Freundschaftsvertrag fand, schuf der DDR ein günstiges Klima für eine Anerkennung.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurden in anderen Staaten der sogenannten Dritten Welt, beispielsweise in Kambodscha und im Irak, Tendenzen erkennbar, die DDR anzuerkennen. Wie es der Botschafter der Bundesrepublik bei der UNO formulierte, wurde Bonn dann vor die Frage eines „Abbruchs oder Nicht-Abbruchs der Beziehungen“ gestellt. Die neue Ostpolitik Bonns trug jedoch entscheidend zur Überwindung der Verkrustung in der Deutschlandfrage bei. Während dieser Zeit änderte die DDR ihre Strategie in der Indienpolitik, auch wenn sie weiterhin, wie in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, von den traditionellen Feldern der Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sowie von der Auslandspropaganda getragen wurde. Aber der Unterschied zum Jahrzehnt zuvor war beachtlich; denn Ost-Berlin setzte neue, massenwirksame Mittel ein, die über die traditionelle Gestaltung der Außenpolitik weit hinaus gingen.

Bewegungen als Beschleuniger?

Um dem Drängen der DDR nach diplomatischer Anerkennung in jener Zeit der wachsenden indisch-sowjetischen Freundschaft und einer Verärgerung über deutsche Waffenhilfe an Pakistan zumindest einen kleinen Schritt entgegenzukommen, richtete Indien am 16. Februar 1967 ein Büro der State Trading Corporation zusammen mit der Minerals and Metals Corporation in Ost-Berlin ein. Dem Büro wurden keinerlei Rechte auf konsularischem Gebiet übertragen. Sein Leiter wurde also auch nicht akkreditiert und diplomatisch privilegiert. Indien tat vorerst keinen größeren Schritt; denn, so wurde es in New Delhi begründet, man könne es sich nicht leisten „bei der Herstellung neuer Freundschaften alte zu verlieren“. Und das hieß nichts anderes, als daß Indien den Bruch mit der Bundesrepublik nicht riskieren wollte.

Schon bald mußte die indische Regierung erkennen, daß sie mit der Einrichtung eines Büros in Ost-Berlin in eine Falle getappt war; denn was es bedeutete, dort ein Büro ohne diplomatische Privilegien und sonstige Vergünstigungen zu leiten, das erfuhr der erste indische Vertreter schmerzhaft nach seiner Ankunft.

Er erlitt einen Nervenzusammenbruch, den er in einigen Wochen in der Charité kurieren mußte. Die indische Regierung verlangte zwar einen höheren Status ihrer entsandten Kräfte, lehnte jedoch eine Gleichstellung mit der DDR-Handelsvertretung in New Delhi weiterhin ab, der im Laufe der Jahre weitgehende Privilegien eingeräumt worden waren. Böse Worte wurden gewechselt, indischerseits gar von „Erpressung“ gesprochen.

Erst am 26. September 1969 gab Indien dem Druck der DDR, dem Verlangen von Mitgliedern aller Parteien in den indischen Parlamenten und von der Öffentlichkeit nach und verkündete seine Bereitschaft, eine Handelsvertretung in Ost-Berlin einzurichten. Und gut ein Jahr später wertete es die Vertretung zu einem Generalkonsulat auf. Mit Beziehungen auf konsularischer Ebene war es dann nur noch eine Frage der Zeit, daß diplomatische aufgenommen wurden. Doch die indische Regierung zögerte dies bis zum letztmöglichen „Anstands-Termin“ hinaus.

Der indische Außenminister Dinesh Singh beschrieb das indische Dilemma im Mai 1969 ohne Umschweife im Parlament so: „Wir möchten unsere Beziehungen zu Westdeutschland nicht beeinträchtigen, obwohl wir uns nicht von westdeutschen Interessen leiten lassen möchten.“ Das hieß nichts anderes, als daß Indien sich einerseits nicht die Sympathien Bonns und damit die wirtschaftlichen Verbindungen zur Bundesrepublik verscherzen, andererseits sich aber auch nicht durch sie gebunden fühlen wollte. Damit stellt sich die Frage, welches Gewicht Wirtschaftsbeziehungen bei der „Aufweichung“ der indischen Haltung in der Deutschlandfrage hatten?

Die Wirtschaft auf neuen Wegen?

Die Bundesrepublik blieb für Indien ein wirtschaftlich unentbehrlicher Partner auch im Laufe der indisch-sowjetischen Annäherung. Ein Finanzierungs- und Kooperationsangebot der DDR im Jahre 1964 stand in keinem Verhältnis zur westdeutschen Finanzhilfe und wurde von Indien ausgeschlagen. Der nach dreijährigem Aussetzen aufgenommene vierte Fünfjahrplan, aber auch die Kriege mit China und Pakistan machten Anleihen im Ausland notwendiger denn je, und Bonn war dafür eine „Anlaufstelle“. Bis 1971 belief sich die Kapitalhilfe der Bundesrepublik auf 5,3 Milliarden DM (10,8 Mil-

liarden Rupien). Indien erhielt damals 35 Prozent der westdeutschen Auslandshilfe. Die Bundesrepublik war nach den USA Indiens wichtigster Kapitalgeber; sie bot nach DDR-Schätzungen Indien auch damals immer noch so viel wie der ganze Ostblock zusammen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Indien bestanden weiterhin überwiegend im Warenaustausch. Dabei nahm die DDR mit einem Prozent bei Indien den 16. Platz ein, während Indien im Außenhandel der DDR auf dem 3. Platz in der Kategorie der kapitalistischen Länder rangierte.

Vergeblich war das Bemühen von DDR-Unternehmen, an der Seite westdeutscher Firmen in Indien einzusteigen, unter anderem in dem lange Zeit von der Handelsvertretung so sehr geschmähten, aber innerlich doch bewunderten Stahlwerk von Rourkela. Um sich dennoch als wirtschaftlich stark zu präsentieren, suchten die DDR-Wirtschaftsexperten Nischen, die eine gewisse öffentliche Resonanz versprachen. Man fand sie in der Lieferung von Schiffen und Traktoren sowie im Werftbau. Die DDR schloß in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Abkommen für den Bau von 14 Frachtschiffen und einer Fischkutterwerft sowie eine Lieferung von 10 000 Traktoren des Typs RS 09. Nicht lange nach dem Eintreffen der ersten Lieferung von 2000 Traktoren schrillten in Ost-Berlin die Alarmglocken: die Traktoren genühten technisch den Anforderungen der indischen Umwelt nicht. Sie wurden nach einem Politbüro-Beschluß zurückgerufen und umgerüstet.

Indien wurde für die DDR ein zunehmend schwieriger Handelspartner, weil es anstatt der Lieferung von Rohstoffen auf den Absatz von Fertigwaren und Konsumgütern drängte, die die DDR auch selber produzieren konnte. 1970 mußte man sich in Ost-Berlin eingestehen:

„Ein Hauptproblem der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen Indien und der DDR ist die ständige Verschuldung der DDR.“ Dennoch ließ sich die DDR aus politischen Gründen nicht lumpen und verdoppelte 1972 die Einfuhr von Gütern aus dem für sie problematischen Warenbereich; denn 1972 sollte das Jahr der Anerkennung werden!

Aber zum wirtschaftlich unentbehrlichen Partner Indiens konnte sich die DDR nicht aufschwingen. Sie mochte wohl ihren guten Willen demonstrieren, und das lediglich politisch an der Seite der Sowjetunion, nicht aber wirtschaftlich. Nirgends ist die Rede von einer Zusammenarbeit mit dem „großen Bruder“, wie sie sich zum Beispiel beim Bau des zweiten sowjetischen Stahlwerks in Bokaro angeboten hätte.

Kooperation mit Kultur und Wissenschaft

Die Kulturarbeit war und blieb das Paradeferd der westdeutschen Indienpolitik. Das wurde selbst auf der DDR-Seite so gesehen, wenn es beispielsweise im Jahresbericht der Handelsvertretung von 1968 heißt: „Im Vergleich zu anderen Staaten stand Westdeutschland hinsichtlich des Umfangs und der Attraktivität und Wirksamkeit der kulturellen Maßnahmen mit an erster Stelle“. Die „Maßnahmen“ der Bundesrepublik seien sehr gut auf die indische Mentalität abgestimmt und würden zielgerichtet auf einzelne Gruppen und Schichten konzentriert. Das hier wie in anderen DDR-Berichten immer wieder verwendete Wort „Maßnahme“, das staatliche Lenkung beinhaltet, demonstriert, wie sehr man die flexible und auf lokale wie regionale Bedingungen eingehende westdeutsche Kulturpolitik verkannte.

Der Arbeit der Max Müller Bhavans hatte weder die DDR noch der Ostblock Gleichwertiges entgegenzusetzen, wie selbst der Leiter der Kulturabteilung der sowjetischen Botschaft und des sowjetischen Kulturhauses in New Delhi im Dezember 1966 gegenüber Vertretern der DDR einräumen mußte, wobei die Gründe dafür nicht erkannt wurden. Zu sehr verstellte die eigene Kommando-Welt den Blick für die Möglichkeiten kreativer individueller Gestaltung!

Mündliche Äußerung des Leiters der Kulturabteilung der sowjetischen Botschaft und des sowjetischen Kulturhauses in New Delhi im Dezember 1966 zu Vertretern der DDR:

Er teilte uns ebenfalls mit, daß der westdeutsche Max Müller Bhavan sehr aktiv sei und die verschiedenartigsten Veranstaltungen durchführe. Er nimmt auch an, daß speziell zwischen den USA und den Westdeutschen eine Art Arbeitsteilung entsprechend den politischen und kulturellen Arbeitsmöglichkeiten in Indien vorgenommen worden ist. Wo alte wissenschaftliche oder kulturelle Beziehungen bestehen oder wo andererseits die Amerikaner politisch in Mißkredit sind, dort schalten sich die Westdeutschen ein. Die Max Müller Bhavans erfassen systematisch alle Inder, die deutsch sprechen oder lernen können und schicken ihnen dann deutschsprachiges Material mit Begleitbriefen.

Aus: Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes.

Lange Zeit hatte man in der DDR-Vertretung gehofft, daß die Brecht Society in Calcutta eine Art Ersatz für ein fehlendes Kulturzentrum der DDR bilden könnte, deren von indischer Seite geleitete Arbeit sich sehr gut als echte Kooperation ausgeben ließ. Die Leiter der Theatergruppe und Gesellschaft, Utpal Dutt und Sova Sen, hatten sich das Ziel gesetzt, hier ein Forum für Politiker, Wissenschaftler und Künstler zu schaffen, so daß es sich „zu einem effektiven Gegenpol des hiesigen Max Müller Bhavan der Westdeutschen“ entwickle. Im Minerva Theater wurde vorübergehend ein Ort gefunden, in dem Deutsch-Unterricht (wie im Max Müller Bhavan) erteilt werden konnte.

Doch diese Konstruktion eines gemeinsam betriebenen Indo-DDR-Kulturhauses hatte einen Geburtsfehler: es war indischerseits auf kommunistischer Basis gegründet. Die „sozialistische Brüderlichkeit“ endete jedoch bei ideologischen Differenzen. Utpal Dutt bekannte sich nach der Spaltung der CPI zur linken CPI/M, die Peking-hörig war. Von der DDR-Seite erhielt die Brecht Society 1967 daraufhin nicht mehr als 1000 Rupien pro Jahr, wobei nach Ost-Berlin dazu mitgeteilt wurde, man übe „bereits seit einigen Monaten äußerste Zurückhaltung gegenüber der Brechtgesellschaft“.

Die Kulturarbeit der DDR fand in Indien keine breite und von der Öffentlichkeit wahrgenommene Basis. Sie konzentrierte sich auf Einzelkontakte zu Wissenschaftlern und Künstlern, gelegentlich zu indischen Institutionen, und baute auf solche Art und Weise beim linksorientierten politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Establishment ihren Einfluß aus. Und hier wuchs eine politisch wirksame Bewegung heran.

Auslandsarbeit mit Breitenwirkung

Den Vorwurf, daß die Bundesrepublik „imperialistisch“ oder „faschistisch“ sei, fand in Indien nach der Bildung der Großen Koalition in Bonn Ende 1966 kaum noch Widerhall. Das sogenannte *Braunbuch* wurde auch in seiner Übersetzung kein „Bestseller“ in Indien.

Äußerst belastend für die Stellung der Bundesrepublik in Indien hingegen wirkten sich die Waffenlieferungen an Pakistan über den Iran aus. Dies, so befand man in Ost-Berlin, sei ein guter Ansatz für die DDR-Propaganda, und so war es denn auch. Ein solches, die indische Öffentlichkeit aufregendes Thema ließen sich die Vertreter der DDR nicht entgehen.

Dennoch, auch die DDR war nach 1964 nicht mehr der uneingeschränkt geliebte „Bruder“ ihrer alten Klientel. Die Führer der kommunistischen Parteien warteten nicht selten mit Kritik und Vorwürfen auf. So bemängelte das frühere Mitglied des Nationalrats der noch ungeteilten Partei, P. C. Joshi, im August 1966, daß die Indienpolitik der DDR über bloße Erklärungen nicht hinausgehe. Im Gegensatz dazu stünde das Verhalten der USA und der Bundesrepublik, die mit

handfesten Dingen bei der Durchführung ihrer Absichten aufwarteten: „So kämen die Westdeutschen zum Beispiel mit Tausenden gut vorbereiteter und vor allem junger Experten in das Land, die eine gut und breit ausgewählte Skala aufweisen und die auch – weil sie jünger sind – mit der faschistischen Vergangenheit nicht belastet sind, also kein Angriffsziel bieten.“ P. C. Joshi wußte zweifellos, weshalb die DDR nur ältere Personen nach Indien schickte, weil nämlich deren in der Heimat zurückgebliebene Familien die beste Sicherung gegen eine Flucht in den Westen darstellten!

Weil die Indien-Experten der DDR erkannten, daß sich weder die staatliche Spitze noch auch die von ihr als konservativ eingeschätzte Ministerialbürokratie in Indien in Richtung Anerkennung bewegte, wurden andere, unkonventionelle Wege gegangen, um ihren Staat in Indien ins Rampenlicht zu rücken: erstens, eine Einflußnahme über Gesellschaften, und zweitens, die Schaffung einer „DDR-Lobby“ im Parlament.

Die Bundesrepublik hatte den in Indien gegründeten Vereinen und Gesellschaften nicht das Gewicht beigemessen wie es die DDR tat. Umgekehrt war in der Bundesrepublik die Anfang der 50er Jahre gegründete Deutsch-Indische Gesellschaft eine „Erfolgs-Story“, die auch in Indien beeindruckte.

Dergleichen gab es in der DDR nicht und konnte es angesichts der dort bestehenden „Kommandierten Gesellschaft“ auch gar nicht geben. Ein später von den wenigen indischen Studenten und Praktikanten im Rahmen des Erlaubten gegründeter Verein war nicht mehr als ein Aushängeschild. In Indien hingegen ließ sich mit Hilfe linksorientierter Politiker eine breite Phalanx von DDR-Anhängern aufbauen. Das heißt, daß die diktatorisch angelegte DDR mit ihren Steuerungsmitteln im freiheitlich verfaßten Indien eine Bewegung für ihre Ziele schaffen konnte, die mit altruistischen Motiven, wie Friedenssicherung und Koexistenz, Intellektuelle und Politiker aller Schattierungen anzog.

Das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED hatte schon am 25. Oktober 1961 die Gründung einer Deutsch-Südostasiatischen Gesellschaft (D.S.O.A.G.) beschlossen. Sie wurde die Koordinationsstelle für die auf dem Subkontinent entstehenden Indo-DDR Freundschaftsgesellschaften. Eine aktive Rolle in jener Phase der DDR-Indienpolitik spielte der Friedensrat, der lenkend mit den Friedensgesellschaften auf dem Subkontinent zusammenarbeitete. Die D.S.O.A.G., der Friedensrat und die Liga für Völkerfreundschaft mobilisierten indienweit die „Freunde der DDR“. Es entstand eine indische Friedensbewegung, deren polemische Angriffsziel die als friedensbedrohend gebrandmarkte Bundesrepublik war. Auf Kongressen, in Veranstaltungen und Seminaren wurden stets die diplomatische Anerkennung der DDR und deren Mitgliedschaft in der UNO als wichtige Voraussetzungen für die Erhaltung des Weltfriedens gefordert.

Schon 1962 wurde in New Delhi eine Indo-German Democratic Republic Society von Mrs Subhadra Joshi, die als Parlamentsabgeordnete und Mitglied der indischen Kongreßpartei auf dem linken Flügel stand, gegründet. S. Joshi suchte „hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“, vor allem Mitglieder des indischen Parlaments, für das Ziel ihrer Gesellschaft, nämlich die Anerkennung der DDR, zu gewinnen.

In Absprache mit Paul Wandel, dem Präsidenten der Liga für Völkerfreundschaft in der DDR, wurde eine Konferenz aller Freundschaftsgesellschaften auf gesamtindischer Ebene geplant, wobei die DDR im Hintergrund das Ziel verfolgte, wie es hieß, die Gesellschaften „im Sinne der Außenpolitik der DDR zu aktivieren“.

M. S. Gill, „Short Note on Deutsch-Indische Gesellschaft“. Indische Botschaft, Bonn, an Direktor, Shri B. K. Sanyal, Ministry of External Affairs, Bonn 8. Juli 1964 (Auszug):

The Deutsch-Indische Gesellschaft was founded in 1951, with its headquarters at Stuttgart, to serve Indo-German relations in all fields. The primary object of the Society was to create a centre of study of Indian problems and to render facilities to Indian students who had begun to come to Germany already since 1950. The original name of the Deutsch-Indische Gesellschaft was Deutsch-Indische Studiengesellschaft, and initiative for founding the Society came in the first instance from Dr. Seifritz. His personal interest in the matter arose from his association with the Indian Legion to which he was attached as an officer towards the end of the war. [...] The formal opening ceremony of the Society was performed in 1953 by Shri S. Dutt, who was the Ambassador in Germany at that time. [...] In order to obtain a closer relationship between India and the Federal Republic in the long run, it is considered imperative for human relations and personal contacts between Indians and Germans to be established and promoted to the greatest possible extent. [...] It enjoys much popular as well as governmental support. Its meetings are attended by ordinary people as well as by the prominent personalities in the towns where it has branches. (The Society has at present 24 affiliated branches spread over the Federal Republic.) The most striking thing about the Society is that it is the only organisation of its kind in Germany which has such a large number of active members with properly organised branches in important German towns. No other similar society has been able to attract so many people of different political views and people of different professions.

Antwort des External Affairs Ministry an indische Botschaft in Bonn. New Delhi 29. Juli 1964 (Auszug):

[...] The Society is really doing excellent work. The Ministry will be glad to know if the Society will be interested in receiving books and journals on India free of cost. [...]

Akten des Ministry of External Affairs. National Archives of India.

Anfang November 1966 wurde eine Dachorganisation aller Freundschaftsgesellschaften gegründet, die sich mit zwei Entschlüssen zum Sprachrohr der DDR-Regierung machte: die diplomatische Anerkennung der DDR und deren Aufnahme in die Vereinten Nationen. Daraus wurde im Rahmen der Freundschaftsgesellschaft auch eine parlamentarische Gruppe „Freunde der DDR“ gebildet, nachdem die „Lobby-Arbeit“ der DDR-Vertreter schon sehr viel früher begonnen hatte. Fortan folgte man „massiv“ dem einst von Ulbricht formulierten Motto gegenüber einflussreichen Ausländern: „Jeder einmal in der DDR!“

Mit großem Engagement wurden auf beiden Seiten Pläne geschmiedet, in Ost-Berlin gar erwogen, „Brigaden der Freundschaft“ aufs indische Land zu schicken! Zum Stand der Regierungspolitik in der Anerkennungsfrage wurden im indischen Parlament Debatten ausgelöst. In Ost-Berlin herrschte eitel Freude darüber, daß, wie es hieß, die Anerkennungsbewegung allmählich „Massencharakter“ annehme. 1969 wurde eine indische Konferenz für Völkerfreundschaft mit den Feiern zum 20. Jahrestag der DDR verbunden. Auf den Veranstaltungen sprachen aus der DDR Max Sefrin, Vorsitzender der CDU und Minister für Gesundheitswesen, und von indischer Seite der bereits erwähnte V.K.R.V. Rao, Erziehungsminister und früherer Rektor der Delhi University!

Die im Hintergrund der Veranstaltung operierenden DDR-Vertreter waren überzeugt, daß die Konferenz der indischen Regierung nicht unwillkommen sei, da sie, wie es heißt, „unsere Unterstützung für weitere Schritte braucht, und deshalb hat sie auch westdeutschen Protest zurückgewiesen“. Am 23. Februar 1970 wurden in einer Aktion Premierminister Indira Gandhi über 3000 Unterschriften vorgelegt, darunter 214 von Mitgliedern des indischen Parlaments, etwa 400 von Mitgliedern der Einzelstaaten-Parlamente und zahlreiche von prominenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der DDR forderten. Aber noch war die Zeit dazu nicht reif.

Dennoch, die Zahl politisch einflussreicher Sympathisanten der DDR in Indien war groß und wuchs kontinuierlich. Zu ihnen gehörte auch der damalige Präsident Indiens, V.V. Giri, der Albert Norden, der als Bevollmächtigter des Vorsitzenden des Staatsrates Indien bereiste, im Oktober 1970 unter anderem versicherte: „In der Sache des Anti-Imperialismus und des Anti-Kolonialismus sind wir eins und einig (we are one), darin verstehen wir uns viel besser als mit vielen anderen Ländern.“

Flüchtlingshilfe: eine Hilfe?

Indien wurde Ende 1971 von der pakistanischen Politik in Ost-Pakistan zu einem kurzen Krieg herausgefordert, der zur Unabhängigkeit von Bangladesch führte. In diesem Konflikt konnte die DDR ihre Sympathien der indischen Regierung beweisen, indem sie mit Hilfeleistungen zur Stelle war, als an die zehn Millionen Flüchtlinge aus Ost-Pakistan auf indischem Territorium Schutz und Hilfe suchten. Die DDR war denn auch einer der ersten Staaten, die Bangladesch anerkannten. So entstand die Anomalie, daß die DDR mit dem neuen, von Indien mit aus der Taufe gehobenen Nachbarstaat schon am 15. Januar 1972 diplomatische Beziehungen aufnahm, während Indien mit einer Anerkennung der DDR noch bis zum 8. Oktober jenes Jahres wartete!

In New Delhi wollte man sich nach der Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnams aus Washington offensichtlich keinen weiteren Ärger aufladen und ließ die Zeit verstreichen. Über diese Verzögerung war die Führung der DDR verärgert. Intern erklärte man sich das als eine „klassenbedingte Rücksichtnahme der indischen Regierung auf die Politik der BRD“. Diese aber wünschte zuerst das Inkrafttreten der sogenannten Ost-Verträge und des Vier-Mächte-Berlin-Abkommens. Indien ließ sich danach noch weitere vier Monate Zeit. Es zeigte keinen Ehrgeiz, zu den ersten der nicht-kommunistischen Staaten zu gehören, die die DDR anerkannten. Am Ende trat es keine Anerkennungslawine los, wie lange Jahre in Ost-Berlin gehofft und in Bonn befürchtet.

Ein bitterer Tropfen im Wein war der DDR-Regierung die Tatsache, daß Indien die These der Bundesrepublik von der „Einheit der Nation“ sowie die einer eventuellen „Wiedervereinigung“ der beiden deutschen Staaten akzeptierte und weiterhin von der „deutschen Regierung“ in Bonn sowie von der dort gewährten „deutschen Wirtschaftshilfe“ sprach. Ärgerlich fand man es auch, daß die indische Regierung der westdeutschen These von einer möglichen „Wiedervereinigung“ in der Zukunft zustimmte.

Deutlich wird, daß die so lange erstrebte und endlich erreichte staatliche Anerkennung durch Indien bei der DDR-



DDR-Außenminister Otto Winzer mit indischen Parlamentariern, 1969.



Ministerpräsidentin Indira Gandhi mit Prof. Albert Norden und Herbert Fischer, Neu Delhi 1970.

Führung keinesfalls ungetrübte Freude auslöste. Der Führung des künstlichen und von der Sowjetunion abhängigen Staatsgebildes der DDR reichte keine Absicherung, um den Mangel an Selbstsicherheit zu beheben.

Resümee

Die diplomatische Anerkennung der Bundesrepublik durch Indien 1951/52 war für Bonn ein politischer Gewinn, für Indien ein wirtschaftlicher. Die indische Regierung unter Jawaharlal Nehru war durch die Kongreßpartei auf einen wirtschaftlichen Aufschwung festgelegt, der seit 1951 seinen Ausdruck in Fünfjahrplänen fand mit den Zielen, zuerst die Entwicklung der Landwirtschaft und dann die Industrialisierung des Landes voranzutreiben. Die Bundesrepublik, von Nehru früh als ein für Indien nützlicher Wirtschaftspartner ausgemacht, konnte sowohl Kapital als wissenschaftlich-technisches Know-how bieten. Das herausragende Beispiel westdeutscher Hilfe war bei allen Fehlern und Pannen das Stahlwerk von Rourkela. Die DDR kam wirtschaftlich nicht nur zu spät, sie konnte auch weder inhaltlich noch mengenmäßig das liefern, was Indien benötigte. Die 1956 eingerichtete Handelsvertretung der DDR war zwar immer um eine Aufwertung zu einer konsularischen oder gar diplomatischen Vertretung bemüht; aber alle Mühe lief lange Zeit ins Leere.

Kulturpolitisch baute die Bundesrepublik die Basis traditioneller Geistesbeziehungen aus und schuf sich in den soge-

nannten Max Müller Bhavans sowie durch Lektorate an indischen Universitäten ein Monopol im Deutschunterricht, mit dem Einführungen in Landeskunde und deutsche Geschichte gekoppelt waren. Die Max Müller Bhavans wurden Zentren kultureller und wissenschaftlicher Begegnung. Im tatsächlichen „Austausch“ von Studenten und Praktikanten bot die Bundesrepublik im Vergleich zur DDR mehr als das Zehnfache an Ausbildungsplätzen. Die DDR, der marxistisch-leninistischen Ideologie verpflichtet, fand dennoch in Indien nicht wenige „Freunde“ gerade in akademischen Kreisen, die gezielt „betreut“ wurden.

Auf dem Gebiet der Presse und Propaganda war die Bundesrepublik durch ihre Kontakte zur indischen Pressewelt dem Einfluß der DDR weit überlegen. Zwar „startete“ das *Bulletin* der Handelsvertretung mit einem zeitlichen Vorsprung vor dem Mitteilungsblatt der Botschaft, den *German News Weekly*, aber auch auf dem Gebiet der Presse wurden im Durchschnitt zehnmal so viele Journalisten in die Bundesrepublik als in die DDR eingeladen. Artikel, die das Unrechtssystem der DDR angriffen, versuchte die DDR mit Angriffen auf die Wiederaufrüstung und NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik und den angeblich faschistischen Charakter der Regierung in Bonn abzuwehren. Die Kommunistische Partei Indiens war ein williger und nützlicher Helfer der DDR in vielen Fragen der Propaganda. Druckpressen und andere Geschenke waren die Belohnung für indische Genossen. Aber letztlich gelang auch auf diesem Gebiet kein „Durch-

bruch“: die englischsprachige Presse war allzu stark der liberalen englischen Tradition verbunden, als daß sie sich von der DDR vereinnahmen ließ.

Parallel zur unübersehbaren Hinwendung Indiens zur Sowjetunion wurde in der zweiten Hälfte der 60er Jahre der Ruf nach Anerkennung der DDR lauter. Es entstand eine Bewegung von Freundschaftsgesellschaften in ganz Indien, in der sich, verbunden mit der Friedensbewegung, parteipolitisch linksorientierte Inder zusammen mit den inzwischen gespaltenen Kommunisten für eine Anerkennung der DDR stark machten. Der stärkste Arm dieser Bewegung, die weitgehend von Ost-Berlin aus gesteuert wurde, war eine im Parlament wirkende Anerkennungs-Lobby. Dieser nach außen hin indischen Bewegung konnte und wollte die Regierung Indira Gandhis nicht entgegentreten. Die vielen zu Resolutionen und zu Unterschriftensammlungen angehäuften Forderungen nach Anerkennung der DDR erwiesen sich als Hebel bei Problemen mit der Bundesrepublik.

War die Anerkennungsbewegung für die DDR der Schlüssel zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Indien? Allein war sie es auf keinen Fall, wie das Verhalten der indischen Regierung erkennen läßt. Die weltpolitische Konstellation spielte eine wichtige Rolle für den Erfolg der Bewegung. Das indische Debakel in der Konfrontation mit dem kommunistischen China 1962 ließ drei Jahre lang die Gefahr einer indischen Anerkennung der DDR auf ein Minimum schrumpfen. Der indo-pakistanische Krieg 1965, der eine prosovietischen Orientierung Indiens zur Folge hatte, eröffnete der DDR neue Möglichkeiten in ihrer Auslandspropaganda. Der indo-pakistanische Krieg 1971, ausgelöst durch die Abspaltung des östlichen vom westlichen Pakistan und die Bewegung für ein unabhängiges Bangladesh, gab der DDR-Führung die Chance, sich als Freund und Helfer zu zeigen, der Indien mit Spenden für die zehn Millionen Flüchtlinge aus Ost-Pakistan half und sehr früh – noch vor Indien – den neuen Staat Bangladesh anerkannte.



Die Bewegung zur Anerkennung der DDR erhielt dann einen Auftrieb, als die Hallstein-Doktrin international schon nicht mehr griff und von Bonn aus die Neue Ostpolitik propagiert und praktiziert wurde. Indien wartete das Inkrafttreten der Ostverträge ab und ließ noch eine „Anstandsfrist“ verstreichen, bis es am 8. Oktober 1972 mit der DDR diplomatische Beziehungen aufnahm. Wie schon Jawaharlal Nehru so wußte auch seine Tochter Indira Gandhi, daß Indien von einer nicht-anerkannten, aber doch in New Delhi vertretenen DDR am meisten profitieren konnte. Denn nicht die DDR erbrachte Indien einen Gewinn, sondern die wirtschaftlich starke und in ihrem Alleinvertretungsanspruch bedrängte Bundesrepublik Deutschland.

Danksagung und allgemeine Hinweise auf Quellen und Literatur

Der vorliegende Beitrag ist eine „Vorschau“ auf eine geplante Monographie zum Thema der Indienpolitik der DDR 1952-1972, die im kommenden Jahr mit detaillierten Quellen- und Literaturangaben erscheinen soll.

Allen Damen und Herren, die mir in den folgenden Archiven mit Rat und Tat geholfen haben, danke ich sehr herzlich.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin: Akten des Auswärtigen Amtes, Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR

Bundesarchiv, Berlin: Akten der Ministerien der DDR, Akten der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR

National Archives of India, New Delhi: Akten des External Affairs Ministry.

Quellenveröffentlichungen: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Bde 1963 bis 1970. Hg. von Hans-Peter Schwarz. München: Verlag Ouldenburg, 1994 - 2001

Literatur: Voigt, Johannes H.: Indien im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1978

Ders.: Max Mueller. The Man and His Ideas. Calcutta (2. Aufl.) 1981

Ders.: Introduction to F. Max Müller: India, what can it teach us? Hg. von Ranjit Nair. New Delhi 2000 (Penguin Books)

Ders.: India's Road to Berlin and Bonn - From War to Relations. In: Explorations in the History of South Asia. Essays in Honour of Dietmar Rothermund. Hg. von G. Berkemer, T. Frash, H. Kulke und J. Lütt. New Delhi 2001, S. 27-37

Prof. Dr. phil. Johannes H. Voigt, D. Phil. (Oxon)

wurde am 13. Oktober 1929 in Groß-Wittensee, Schleswig-Holstein, geboren. Er studierte die Hauptfächer Geschichte und Anglistik an den Universitäten von Kiel, Marburg und London. Nach dem Staatsexamen in Kiel 1959 promovierte er dort im gleichen Jahr über ein Thema der britischen Außenpolitik im 19. Jahrhundert. Von 1959 bis 1961 arbeitete er als Deutsch-Lektor an der Benares Hindu University in Benares, danach als Dozent für neuere europäische Geschichte an der Panjab University, Chandigarh, in Indien. Mit Hilfe eines deutsch-englischen Forschungsstipendiums untersuchte er von 1963 bis 1967 am St Antony's College in Oxford die Anfänge indischer Geschichtsschreibung unter dem Einfluß des Nationalismus, um darüber 1968 zu promovieren. Von 1968 bis 1971 arbeitete er als Research Fellow für neuere indische Geschichte an der Australian National University in Canberra, Australien. 1973 habilitierte er sich mit dem Thema „Indien im Zweiten Weltkrieg“ an der Universität Stuttgart. Er wurde dort im gleichen Jahr Universitätsdozent und 1978 Professor, als der er sich bis zum Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1995 in der danach nicht wieder besetzten Abteilung Überseegegeschichte des Historischen Instituts in Forschung und Lehre vorwiegend Themen der indischen, australischen und britischen Geschichte

widmete. Die Hauptforschungsgebiete von Prof. Voigt sind weiterhin Themen der deutsch-indischen und deutsch-australischen Beziehungen.

